



## Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW**

### **Neuregulierung des Glücksspiels**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt den vorliegenden Entwurf des Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrages, mit dem ein grundlegender Systemwechsel der Glücksspielregulierung in der Bundesrepublik vollzogen werden soll. Mit der Neuregelung wird ein vernunftorientiertes, bundeseinheitliches Glücksspielrecht geschaffen, das den Zielen des Glücksspielstaatsvertrages gerecht wird.

Der vorliegende Entwurf des Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrages ist ein vernünftiger Kompromiss einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen. Er ist geeignet, eine dauerhaft tragfähige Lösung darzustellen, die von allen 16 Bundesländern mitgetragen werden kann.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass die technischen und ordnungsrechtlichen Anforderungen für Online-Casinospiele sowie Online-Sportwetten und Online-Pokerspiele, wie beispielsweise der Safe-Server, die Sperrdatei, Responsible Gaming Tools, Einzahlungslimits, einheitlich geregelt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die inhaltlichen Eckpunkte, die der Landtag in der Vergangenheit gestellt hat, in vielen Bereichen umgesetzt werden konnten. Er stellt ferner fest, dass die regulatorische Gleichbehandlung von Online-Casinospielen einerseits sowie dem virtuellen Automatenspiel und dem Online-Poker andererseits, für die jeweils ein bundesweites Erlaubnisverfahren gelten soll, im Glücksspielneuregulierungsstaatsvertrag nicht umgesetzt werden konnte. Er stellt zudem fest, dass – unabhängig davon – für jeden dieser Bereiche ein bundesweites Angebot umgesetzt werden kann, mit dem eine ausreichende Kanalisierung des Spielverhaltens im Sinne des Jugend- und Spielerschutzes erreicht werden kann.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass durch den Aufbau einer von allen Ländern getragenen Glücksspielvollzugsbehörde die Umsetzung des neuen Regulierungsregimes bundeseinheitlich gestaltet werden kann und besser gegen illegale Angebote als bislang vorgegangen werden kann. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, diese Behörde in Schleswig-Holstein anzusiedeln.

Hans-Jörn Arp  
und Fraktion

Lasse Petersdotter  
und Fraktion

Jan Marcus Rossa  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW